

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1870**

53 (5.5.1870)

# Der Landbote.

## Kokalblatt

für den Amtsbezirk Sinsheim und Umgebung.

N<sup>o</sup> 53.

Erscheint 3mal wöchentlich,  
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Donnerstag den 5. Mai

Einrückungsgebühr: die ein-  
spaltige Zeile 3 fr.

1870.

### ○ Zur Lage in Oesterreich.

Ueber den Lärm der französischen Plebiszitbewegung, der täglich toller zu uns herüberdringt, vergessen wir fast der tieferen Wandelung, welche der östliche Nachbar Deutschlands, Oesterreich, eben jetzt durchzumachen hat. Und doch hat die gegenwärtige Krise in Frankreich für uns Deutsche weit weniger unmittelbares Interesse, als die erneute Erschütterung des Donauraichs. Ist es doch zum guten Theile Fleisch von unserm Fleisch, was durch die letztere betroffen wird.

Wahrlich, es bedurfte nicht der Sehergabe, um die dermalige Verwickelung der westösterreichischen Zustände längst vorherzusagen. Man erinnert sich, in welchem erschreckendem Grade die Bankbrüchigkeit des Regierungssystems, wie es von dem „Bürgerministerium“ in Cisleithanien gehandhabt worden, zu Ende des vorigen und zu Anfang dieses Jahres an's Licht trat. Die Verfassung vom Dezember 1867, statt die nichtdeutschen Völkerschaften zu versöhnen, hatte die staatsfeindlichen Bestrebungen derselben nur verschärft. Ein Zustand hatte sich herausgebildet, der unmöglich länger ertragen werden konnte. Ueber die Mittel und Wege zur Abhilfe aber waren die Ansichten innerhalb der Regierung selbst getheilt. Die Majorität wollte um jeden Preis die Dezemberverfassung und mit ihr die zentralistisch-einheitliche Grundlage der westlichen Reichshälfte wahren; die Minorität war bereit, dem Ausgleich mit den nichtdeutschen Nationalitäten zuliebe die Verfassung wesentlichen Umgestaltungen zu unterwerfen. Es kam zum offenen Bruche zwischen beiden Parteien, die Minorität mußte weichen.

Gar bald aber ward klar, daß, sollten die Dinge überhaupt vom Flecke rücken, die obliegende Majorität mehr und mehr in die Nothwendigkeit getrieben wurde, das Programm ihrer abgetretenen Gegner zu dem ihrigen zu machen. Zudem war von vornherein offenkundig, daß der Reichskanzler zu dem neuen Ministerium sich in ziemlich schroffem Gegensatz befand, eine Thatsache, deren unheilvolle Bedeutung durch das Versprechen, daß er sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse Cisleithaniens enthalten werde, durchaus nicht abgeschwächt ward. Der Intrigue war Thür und Thor geöffnet, und in Deutschland weiß man noch gar zu wohl, was das bei Hrn. von Beust bedeuten will.

Kein Wunder, daß sich das Ministerium Hasner unter solchen Umständen zur vollendeten Unfruchtbarkeit verdammt sah. Im Reichsrathe gingen die Dinge, wie sie nicht anders gehen konnten. Die Czechen hielten sich überhaupt von demselben fern, die Polen traten aus und die übrigen Nichtdeutschen folgten ihrem Beispiele. Es blieb nichts übrig, als das noch vorhandene Kumpfparlament zu schließen. Zugleich ging das Kabinet Hasner zu Grabe.

Unter größeren Schwierigkeiten ist wohl selten ein Ministerium in's Leben getreten, als das nun vom Grafen Potocki neugebildete. Hier verhöhnt mit dem ganzen Groll der eben unterlegenen Centralisten, dort mit hartnäckigstem Mißtrauen verargwöhnt von den Föderalisten — wahrhaftig, in solcher Lage eine Politik der „Ausöhnung“ mit Erfolg zu führen, ist mehr als ein politisches Kunststück. Mit bezeichnendem Wit haben die Wiener das Ministerium Potocki das „Passionsministerium“ genannt; die ganze Rath- und Kopflosigkeit der cisleithanischen Politik wird ihm zur Last gelegt.

Freilich ist es immer ein bedenkliches Zeichen, wenn eine Regierung eine so ungeheure Aufgabe übernimmt, ohne sofort klar den Weg angeben zu können, auf welchem sie dieselbe durchzuführen gedenkt. Allein, man darf doch nicht außer Acht lassen, daß das Ministerium Potocki — in der Unvollständigkeit wenig-

stens, in welcher es bis jetzt noch besteht — überhaupt nur einen Uebergangszustand bezeichnet, in welchem es gilt, die Dinge zu prüfen und einer festen Aktion den Weg zu bahnen. Zu diesem Zwecke hat das Ministerium zunächst Unterhandlungen mit hervorragenden Parteimännern der einzelnen Nationalitäten in Aussicht genommen. Aber die Nachrichten darüber, was es in diesen Unterhandlungen zu bieten, resp. zuzugestehen bereit sei, gehen sehr wirr durcheinander. Es scheint ein wenig nach einer Art Bundesstaat, was man zu projektiren scheint. Die einzelnen Kronländer sollen einen beträchtlichen Zuschuß an Selbstständigkeit in der gemeinsamer Reichslegislative eine Vertretung ihrer individuellen Interessen im Herrenhause erhalten, welche Vertretung von den einzelnen Landtagen zu wählen sein würde. Das Abgeordnetenhaus hingegen, dessen Mitglieder bisher durch die Landtage ernannt wurden, würde in Zukunft aus allgemeinen und direkten Wahlen des ganzen cisleithanischen Reiches hervorgehen. Also eine ähnliche Organisation wie die schweizerische mit Stände- und Nationalrath. Im Uebrigen soll die Regierung entschlossen sein, ihr Projekt jedenfalls auf streng verfassungsmäßigem Wege in's Leben zu führen, d. h. nach vorheriger Vereinbarung mit den Landtagen und dem Reichsrathe, welche Körperschaften jedoch zuvor aufzulösen und neu zu wählen sein würden.

Man sieht, der Angelpunkt dieses Programms liegt in der Frage: wie groß wird das Maas der den einzelnen Kronländern zu gewährenden Selbstständigkeit sein? Die Czechen verlangen bekanntlich für die „Länder der Wenzelskrone“ eine gleiche Stellung, wie sie Ungarn für die Länder der Stephanskrone erhalten hat. Kann ein solches Verlangen erfüllt werden? Graf Beust soll dazu ziemlich geneigt sein, daß aber ein wirklich österreichisches Ministerium sich dazu herbeilassen sollte, bleibt doch sehr zu bezweifeln. Man kann Galizien zur Noth eine Sonderstellung geben, zumal man in demselben ein gutes Bollwerk gegen Rußland besitzt. Aber die Selbstständigkeit des Königreichs Böhmen gewähren hiesse Oesterreich vollständig zerreißen, hiesse die russische Propaganda mit eigener Hand im eignen Hause pflegen, hiesse 2 Millionen Deutsche der Gnade von 3 Millionen Czechen überliefern. Die Frage ist also, ob die Czechen ihre maßlosen Forderungen erheblich ermäßigen werden? Ueber die eben jetzt mit ihnen gepflogenen Verhandlungen verlautet noch nichts Bestimmtes; nach allen früheren Erfahrungen aber ist kaum anzunehmen, daß ihre Nachgiebigkeit den erforderlichen Grad erreichen wird. Und was dann?

Einfache Rückkehr der cisleithanischen Verfassung auf den alten Standpunkt wäre doch schwerlich möglich; denn eine Volksvertretung, von der die Czechen sich ein für allemal fernhielten, würde doch immer nur ein Kumpfparlament bleiben und den Konflikt immer von Neuem verschärfen. Leicht möglich also, daß die jetzige Entwicklung schließlich dahin führt, den Parlamentarismus ganz zu verabschieden und zum Absolutismus zurückzuführen. Freilich, unsere liberalen Stammesgenossen in Oesterreich würden das sehr bitter empfinden; aber es kann — traurig zu sagen! — leicht kommen, daß der Absolutismus das einzige Mittel bleibt, diese unerfegliche Vormauer deutscher Kultur gegen das Slaventhum zu erhalten.

### Tageschichte.

Karlsruhe, 2. Mai. Ihre Königl. Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin, und Ihre Großh. Hoh. die Prinzessin Viktoria, 33. Kaiserl. HH. die Großfürstin Olga von Rußland, geborene Prinzessin Cäcilie von Baden, mit ihrer Tochter und Prinzessin Wilhelm, sowie Ihre Großh. Hoheit die Fürstin Hohenlohe-Langenburg haben Sich heute Vormittag 10

Uhr 45 M. nach Mannheim begeben, um den dort stattfindenden Pferderennen anzuwohnen, und werden heute Abend 7 Uhr von dort wieder hierher zurückkehren. Ihre königl. Hoheiten treffen in Mannheim mit Sr. Groß. Hoh. dem Prinzen und Ihrer königl. Hoh. der Prinzessin Ludwig von Hessen, geb. Prinzessin Alice von Großbritannien, zusammen, welche mit Höchstdenselben den Pferderennen anzuwohnen und Abends für einen zweitägigen Besuch nach Karlsruhe zu kommen gedenken. Se. königl. Hoheit der Großherzog haben Sich in Mannheim jeden offiziellen Empfang verboten.

Stuttgart, 1. Mai. Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich von Württemberg, dessen durch einen Stoß ins Auge an einem Baumast auf der Jagd erzeugtes Leiden schon längere Zeit Bedenken und namentlich die Besorgniß einer Erblindung des Prinzen erregt hatte, ist seit einigen Tagen gefährlich erkrankt, so daß seit gestern Bulletin ausgegeben werden. Das gestrige legte die Gefahr nicht so nahe, das heutige lautet jedoch bedenklich. Wie versichert wird, soll auch in den letzten Tagen eine theilweise Bähmung eingetreten sein; ferner sei die Sehkraft fast ganz erloschen. Der einzige Sohn des Prinzen aus dessen Ehe mit der älteren Schwester des Königs, der Prinzessin Katharina, Prinz Wilhelm, ist gestern aus Preußen, wo er sich zu seiner militärischen Ausbildung befand, hier eingetroffen. Prinz Friedrich hatte am 21. Februar d. J. das 62. Lebensjahr vollendet und erfreute sich bis jetzt einer kräftigen Körperkonstitution. (Karlsru. Ztg.)

München, 29. April. Daß Se. Maj. der König dem königl. Hofe in Berlin einen Besuch abstaten wird, steht, wie die „Allg. Ztg.“ aus verlässiger Quelle erfährt, außer Frage, über den Zeitpunkt der Reise verlautet aber zur Zeit noch nichts Bestimmtes. Se. Maj. wird auch den königl. Majestäten von Württemberg einen Gegenbesuch machen.

München, 2. Mai. Hoffmanns Korrespondenz meldet, daß der König den Inspektor des Schullehrerseminars in Speyer, den Priester Herrn Konrad Reither zum Bischof der Diözese Speyer ernannt hat. (Pf. K.)

Berlin, 30. April. Gestern Abends fand die Generalversammlung des Wahlvereins der Fortschrittspartei Statt, welche von über 600 Mitgliedern besucht war, während etwa 700 Personen als Zuhörer anwesend waren. Löwe Calbe führte den Vorsitz. Das Ganze verlief in durchaus würdiger Weise. Die Ansicht, den Nordbund als Ausgangspunkt für die Entwicklung Deutschlands hinzustellen, wurde bekämpft; die Angreifer blieben aber in der Minorität. Eben so fanden die Anträge auf Einführung des Milizsystems nicht die Zustimmung. Dagegen war man für die Vorschläge in der Steuerfrage und im Wesentlichen auch für das Programm in der sozialen Frage. Für die Wahlen soll ein Central-Wahlkomitee gebildet werden, aus den Wahlcomites für Landtags- und Reichstagswahlen und dem Vorstande bestehend. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: Der Wahlverein der deutschen Fortschrittspartei, getreu den leitenden Grundsätzen des Parteiprogramms stellt bei den bevorstehenden Wahlen folgende Punkte in den Vordergrund: Für den Reichstag. 1) Herstellung der deutschen Einheit auf friedlichem Wege; Erweiterung des Nordbundes zum deutschen Bundesstaate, deshalb Ausbildung der Bundesverfassung in freiheitlicher Entwicklung, besonders durch Einführung der Grundrechte und eines verantwortlichen Bundes-Ministeriums in dieselbe, wie durch Gewährung der Diäten an die Abgeordneten. 2) Verminderung der Militärlast durch Verringerung der Friedensarmee und Verkürzung der Dienstzeit. Unterstützung aller auf allgemeine Abrüstung in Europa gerichteten Bestrebungen. 3) Keine Steuererhöhung, vielmehr Verminderung der bestehenden, zunächst durch Beseitigung der die ärmeren Klassen vorzugsweise drückenden Verbrauchssteuer auf notwendige Lebensbedürfnisse. 4) Gleiches Recht für Alle. Allgemeines gleiches Wahlrecht, wie im Bunde so in den Einzelstaaten. Gleiche Möglichkeit zur humanen und bürgerlichen Ausbildung durch Freiheit des Unterrichts und Uebernahme der Kosten der Volksschule auf den Haushaltsetat der Gemeinde und des Staates. Schutz für Leben und Gesundheit der Staatsbürger. Gewährung der vollen Freiheit und Rechtssicherheit des Vereinswesens. Abweisung jeder Ausbeutung des Staates für die Sonderinteressen einzelner Gesellschaftsklassen, mögen dieselben Seitens der bisher privilegierten Stände oder Seitens der socialistischen Arbeiterparteien geltend gemacht werden. — Für das Abgeordnetenhaus. 1) Volles Steuerbewilligungsrecht des Abgeordnetenhauses. 2) Selbstverwaltung in

Gemeinde, Kreis und Provinz. Verantwortlichkeit der Beamten vor dem Richter.

In den jüngsten Tagen sind hier Berichte von zuverlässiger Seite eingetroffen, welche geradezu eine neue Katastrophe in Rumänien als fast unabwendbar darstellen. Fürst Karl, noch dazu körperlich leidend, ist gänzlich isolirt, gewissermaßen aufgegeben. In der That findet er auch keine Minister mehr. Die rothe oder Bratiano'sche Partei würde absolut siegreich sein, wenn nicht in neuester Zeit die stets vorhanden gewesene aber schwache Partei der Anhänger des Erzfürsten Eusa auffällig erstarkt wäre. Und diesen kritischen Moment benützt die Pforte, um dem Fürsten Karl zu notifiziren, daß sie das von ihm in Anspruch genommene Münzrecht nicht anerkenne, ein Recht, welches, wenigstens thatsächlich, bereits anerkannt war.

Dresden, 2. Mai. Der Großherzog von Hessen ist heute Mittag, begleitet vom König und der Königin, welche dem Großherzog bis Rödertau entgegengefahren waren, von Berlin hier eingetroffen und im Hotel Bellevue abgestiegen. Morgen tritt der Großherzog über Leipzig die Rückreise an.

Wien, 30. April. Es haben vertrauliche Besprechungen zwischen der Regierung und den Führern der Tschechen begonnen, welche von beiden Seiten mit großem Ernst geführt werden. Graf Potocki soll dabei große Versöhnlichkeit und das ernste Bestreben an den Tag legen, auf Grundlage der Verfassung zu einer Verständigung zu gelangen. Die Führer der Tschechen sollen wünschen, die Verhandlungen mit Vertrauensmännern der Regierung fortzusetzen.

In Graz ist ein Komitee zusammengetreten, welches die Gründung einer völlig konfessionslosen Schule zu seiner Aufgabe gemacht hat; es besteht durchweg aus Freidenkern beiderlei Geschlechts und nimmt seine Aufgabe ernst. Die eingeleiteten Sammlungen nehmen einen guten Fortgang, und so dürfte Graz die erste Stadt sein, welche eine vollkommen konfessionslose Schule besitzt. Daß die Konfessionslosigkeit wirklich eine vollständige sein wird, geht aus einer Stelle des Programms hervor, worin es heißt: „Soll die Parole, „freie Menschen im freien Staate“ jemals zur Wahrheit werden, so muß vor Allem die Schule von dem letzten Reste jener Fesseln befreit werden, in welchen sie zum Vortheile geistlichen und weltlichen Herrschthums bisher gehalten wurde. Da nun in dieser Richtung vorerst weder vom Staate noch von den Gemeinden irgend welche wesentlichen Verbesserungen zu erwarten stehen, greifen wir zum Mittel der Selbsthilfe, indem wir die Errichtung einer ausschließlich auf dem Boden des Menschenthums stehenden freien Volksschule erstreben.“

Florenz, 1. Mai. Die Reforma bringt eine Korrespondenz aus Buenos-Ayres, nach welcher der dortige italienische Konjul ermordet worden ist.

Aus Rom, 29. April, geht dem ultramontanen „Univers“ folgendes Telegramm zu: „Heute ist das Konzil amtlich in Kenntniß gesetzt worden, daß die Berathung über die Unfehlbarkeit demnächst beginnen solle. Die ersten Schriftstücke in Bezug auf dieses Dogma sind bereits vertheilt.“

Aus Genua wird gemeldet: Es herrscht große Bewegung im Kriegshafen; man spricht von einer Demonstration, welche mit England gemeinsam in den griechischen Gewässern wegen Bestrafung der Räuber gemacht werden soll.

Paris, 30. April. Ueber die letzten Attentatsgerüchte schreibt das offizielle Journal: „Seit einiger Zeit war die Polizei auf der Spur einer Verschwörung, die ein Attentat auf das Leben des Kaisers zum Zwecke hatte. Gestern Morgen um 9 Uhr hat die Polizei in der Rue des Moulins einen gewissen Baurie verhaftet. Dieser trug eine Summe Geldes und einen geladenen Revolver bei sich, sowie einen Brief, datirt aus London und ausgehend von einem der Meistkompromittirten vom Februar-Komplott. Dieser Brief und die Geständnisse des Baurie lassen keinen Zweifel über die Motive seiner Ankunft in Frankreich und über die Absicht, sofort das beabsichtigte Attentat auszuführen. Im Verlaufe des Abends wurden noch andere Individuen in Belleville verhaftet; bei einem derselben hat man eine Kiste voll Bomben, eine gewisse Quantität Sprengpulver, sowie Anweisungen zu dessen Vereitung gefunden. Diese Verschwörung scheint zusammenzuhängen mit dem Komplott, über welche die Untersuchung fast zu Ende geführt ist. Seit gestern hat die Polizei die hauptsächlichsten Führer der Internationale von der Pariser Sektion verhaftet, einer ungefählichen Verbindung, deren Sitz außerhalb Frankreichs ist. Sie sind der Justizbehörde überliefert. — Vermina ist verhaftet unter der Anklage der Verleumdung des Kaisers in öffentlicher Versammlung.“

Paris, 2. Mai. Der französische Gesandte in Rom, Marquis de Banneville, theilte dem Minister Olivier mit, die meisten französischen Bischöfe in Rom hätten ihr Bedauern darüber ausgedrückt, nicht beim Plebiszit votiren zu können. Sie würden sich glücklich schätzen, der Regierung und dem Kaiser inmitten der Bevölkerung ihrer Diözesen ein Beispiel von Vertrauen und Ergebenheit darzubringen; sie fragten, ob sie und die Geistlichen, welche sie begleitet haben, ihre Stimmen auf der französischen Botschaft in Rom abgeben könnten? — Der römische Emigrant Cernuschi übermittelte dem demokratischen Komite weitere hunderttausend Franks.

Amsterdam, 28. April. Heute hat der König mit großer Feierlichkeit den Grundstein zu der kolossalen Schleuse bei Schellingwoude gelegt, welche an der Zuidersee den Kanal abschließen wird, der die Zuidersee mit der Nordsee verbindet und somit für Amsterdam einen direkten Weg nach der Nordsee eröffnen soll.

Das englische Geschwader in Malta soll Ordre erhalten haben, nach dem Pyräus abzugehen.

Konstantinopel, 30. April. Bei Binedere (Gouvernement Bagdad) hat ein Gefecht zwischen türkischen Truppen und einem iranischen räuberischen Nomadenstamme stattgefunden. Dasselbe dauerte mehr als drei Stunden. Die türkischen Truppen blieben Sieger und brachten dem Gegner einen Verlust von 10 Todten und 15 Verwundeten bei. Auch persische Stämme streifen, Kazzias unternehmend, bei Bagdad umher.

**Verschiedenes.**

+ Vom Rhein, 30. April. In einer der letzten Sitzungen der geographischen Gesellschaft zu Berlin wurde die Frage erörtert: Wo finden die deutschen im Auslande ihr bestes Fortkommen und wo gereichen sie dem Vaterlande am besten zum Nutzen? Nach vielen Erörterungen, gelangte man zu dem Resultate, daß das günstigste Gebiet für die deutsche Kolonisation die Mündungsländer des La Platta wären. Der Bodenreichtum, das Klima und die bestimmte Aussicht, daß die dortige Bevölkerung durch die deutsche werde absorbiert werden, wären lockende Verhältnisse. Am meisten empfehle sich in dieser Beziehung das heerdenreiche, fruchtbare und reichbewässerte Uruguay, ein Land, welches auf 5000 Quadratmeilen noch nicht 300,000 Einwohner zähle und wo die deutschen daher nicht den geringsten Widerstand finden würden. — Aus Skartsberga rüstet sich eine nicht unbedeutende Anzahl von Ansässen, darunter auch mehrere wohlhabende Bauernfamilien, zur Auswanderung nach den nordamerikanischen Freistaaten.

— Der norddeutsche Bund hat 902 1/2 Meilen Zollgrenze zu überwachen: die ganze Totallänge der zu überwachenden Zollgrenze ist 1152 1/2 Meilen. Die Equipage- und Pferde-Unterhaltungskosten absorbiren 528,959 Thaler, die Gehalte des Grenzaufsichts-Personals 1,776,786 Thaler.

• Hannover. An unseren Bahnen sind i. J. 1869 befördert worden: 4,717,989 Personen, 395,202 mehr als 1868, woran die Einführung der 4. Wagenklasse schuldet. Von der Einnahme kamen 25,991 Thaler auf den direkten Verkehr mit andern Bahnen.

— Schaffhausen, 27. April. Die Hebung des Dampfers »Rheinfall« bei Verlingen ist nun vollständig aufgegeben, da die Versicherungsgesellschaft sich zu keinen weiteren Opfern entschließen konnte und die Dampfschiffahrtsgesellschaft auf erfolgte Anfrage keine Lust zeigte, ihrerseits die Hebung vorzunehmen.

— In Amerika konstruirt man neuerdings Maschinen mit Elektrizität als treibender Kraft, die man bei Nähmaschinen verwendet.

— Ueber den gewaltigen Orkan, der am 6. März über Buenos Ayres hereinbrach, liegt Näheres vor: Das Unwetter entwickelte sich während des regnerischen Nachmittags und erlangte gegen Abend seine volle Stärke. Das Wasser rauschte gleichzeitig stromweise vom Himmel herunter, und unter einem Gusse, der volle vier Stunden anhielt, wurden die Straßen zu Flüssen und die öffentlichen Plätze wurden schiffbare Seen. Nicht weniger als 20 Menschen und eine Menge Pferde ertranken in den Straßen, etwa 50 Schiffe wurden auf den Strand geworfen und der Schaden auf 100,000—130,000 L. geschätzt.

— Sinsheim, 3. Mai. In heutiger Sitzung des Schöffengerichts wurde:

- 1) Friedrich Keck von Rohrbach wegen Sachbeschädigung in eine Amtsgefängnißstrafe von 4 Tagen verurtheilt.
- 2) Valentin Nickel von Laudenbach wegen Betrugs und Unterschlagung in eine Amtsgefängnißstrafe von 8 Wochen verurtheilt.
- 3) Jakob Brust, Glaser von Michelfeld wegen Ehrenkränkung freigesprochen.
- 4) Glaser Jakob Brust Ehefrau von Michelfeld wegen Ehrenkränkung in eine dreitägige Gefängnißstrafe verurtheilt.

Die weiter zur Verhandlung ausgesetzten Ehrenkränkungs-Klagen kamen nicht zur Verhandlung.

**Die Unteroffiziers-**  
**schule betr.**

Nr. 11,617. Das Großh. Kriegsministerium hat über die Aufnahmebedingungen für diejenigen Freiwilligen, welche in der Unteroffiziersschule in Ettlingen eingestellt zu werden wünschen, nachgedruckte Bestimmung erlassen. Indem wir dieselbe hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen, werden die Bürgermeister des Amtsbezirks hierdurch beauftragt, für die Bekanntmachung der fraglichen Bestimmungen in den Gemeinden unter dem Anfügen Sorge zu tragen, daß der Kurs regelmäßig am 1. Oktober seinen Anfang nimmt, im laufenden Jahre aber ein außerordentlicher Kursus am 1. Juni beginnen wird und daß die Anmeldungen zum Eintritt am 1. Juni unverweilt und zu dem Anfangs Oktober beginnenden Kurs von nun an und baldmöglichst bei den unter Nr. 10 der nachstehenden Bestimmungen angegebenen Kommandostellen zu geschehen haben.

Sinsheim, den 30. April 1870.

Großh. Bezirksamt.

D i t t o.

Nachrichten für diejenigen Freiwilligen, welche in die Unteroffiziers-Schule zu Ettlingen eingestellt zu werden wünschen.

1) Die Unteroffiziersschule in Ettlingen hat die Bestimmung, junge Leute, welche sich freiwillig dem Militärstande widmen

wollen, zu Unteroffizieren und zwar zunächst hauptsächlich für die Infanterie des stehenden Heeres heranzubilden.

2) Der Aufenthalt in der Unteroffiziersschule dauert in der Regel drei, bei besonderer Brauchbarkeit auch nur zwei Jahre, in welcher Zeit die Zöglinge gründliche militärische Ausbildung und Unterricht in alle Dem erhalten, was sie befähigt, bei sonstiger Tüchtigkeit auch die bevorzugten Stellen des Unteroffizierstandes, als Feldwebel u., zu erlangen und es ihnen ermöglicht, bei der einstigen Anstellung im Militärverwaltungsdienst, z. B. als Zahlmeister u., beziehungsweise als niedere Zivildienner die Prüfungen zu den gesuchteren Posten abzulegen.

Der Unterricht umfaßt: Lesen, Schreiben und Rechnen, deutsche und französische Sprache, Anfertigung aller Arten von Dienstschreiben, militärisches Rechnungs- und Verpflegswesen, Geschichte, Geographie, Zeichnen.

Die gymnastischen Uebungen bestehen im Turnen, Voltigiren, Bajonnettfechten und, so weit thunlich, Schwimmen.

3) Der Aufenthalt in dieser Anstalt an und für sich gibt den Zöglingen keinen Anspruch auf die Beförderung zum Unteroffizier, solche hängt lediglich von der guten Führung, dem bewiesenen Eifer und der erlangten Dienstkenntniß des Einzelnen ab. Die vorzüglichsten Freiwilligen wer-

den bereits als Unteroffiziere den betreffenden Truppentheilen überwiesen.

4) Die Zöglinge der Unteroffiziersschule stehen unter den militärischen Gesetzen, wie jeder andere Soldat des stehenden Heeres und werden nach ihrem Eintreffen in der Anstalt auf die Kriegsartikel beeidigt.

5) Der in die Unteroffiziersschule Einstellende muß wenigstens 16 Jahre alt sein, darf aber das 19. noch nicht überschritten haben.

6) Der Einstellende muß mindestens 5 Fuß 1 Zoll (1530 Striche) groß, vollkommen gesund und frei von körperlichen Gebrechen sein. Er muß im Verhältnis zu seinem Alter so kräftig und entwickelt erscheinen, daß er voraussichtlich nach Ablauf seiner Dienstzeit in der Unteroffiziersschule vollkommen selbstdienstauglich wird.

7) Er muß sich bis dahin tadellos geführt haben.

8) Er muß leserlich und ziemlich richtig schreiben, ohne Anstoß lesen und die vier Spezies rechnen können.

9) Er muß sich bei seinem Eintritt in die Unteroffiziersschule dazu verpflichten, für jedes Jahr des Aufenthalts daselbst ein Jahr im stehenden Heere präsent zu dienen. Außerdem hat derselbe die gesetzliche Dienstzeit bei der Fahne abzuleisten. Bei der Berechnung der gesetzlichen Gesamtwehrgesetzpflicht, sowie bezüglich des Anspruchs auf die Dienstauszeichnung und

spätere Verfügungen wird ihm die in der Unteroffizierschule zurückgelegte Dienstzeit angerechnet.

10) Behufs Aufnahme in die Unteroffizierschule hat sich der Betreffende persönlich bei einem Infanterie-Regiments-Kommando, beziehungsweise bei einem Landwehr-Bezirks-Kommando oder bei dem Kommando der Unteroffizierschule zu melden und sich da, wo er sich meldet, einer Prüfung zu unterziehen, zu welcher er folgende Papiere beizubringen hat.

- a) den Taufschein, beziehungsweise Geburtschein;
- b) Führungszeugniß seiner Ortsobrigkeit und seines Lehr- oder Dienstherrn;
- c) die Zustimmung seines Vaters oder Vormundes, beglaubigt durch die Ortsbehörde. Dieselbe kann durch die mündliche protokolllarische Erklärung dieser Personen beim Regiments-Kommandeur, bezw. Landwehr-Bezirks-Kommandeur oder bei dem Kommandanten der Unteroffizierschule ersetzt werden und erfolgt sodann die Prüfung im Lesen, Schreiben und Rechnen, sowie die ärztliche Untersuchung.

11) Sind Prüfung und Untersuchung günstig ausgefallen, so hat der Freiwillige einer möglichst baldigen Benachrichtigung über seine Annahme oder Nichtannahme entgegenzusehen. Die definitive Entscheidung, beziehungsweise Einberufung erfolgt bis Mitte August jeden Jahres.

12) Die Einstellung von Freiwilligen in die Unteroffizierschule findet in der Regel jährlich einmal und zwar Anfangs Oktober statt.

13) Wer jedoch wegen Volljährigkeit zu diesem Termin nicht aufgenommen werden konnte, darf hoffen, bei entstehenden Vakanzten bis Ende des Jahres, andernfalls im nächsten Oktober bestimmt eingestellt zu werden, vorausgesetzt, daß derselbe dann noch allen Aufnahmebedingungen genügt.

14) Bei dem einstigen Uebertritt der Zöglinge in die Infanterie-Regimenter steht ihnen die Wahl eines bestimmten Truppentheils nicht frei, indem ihre Vertheilung lediglich von dem Bedürfnis in den Regimentern abhängt, doch sollen billige Wünsche der Zöglinge oder ihrer Angehörigen in Betreff der Ueberweisung zu einem bestimmten Regiment nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Karlsruhe, den 12. April 1870.  
Großherzogliches Kriegsministerium.  
v. Beyer.

Die Prüfung der Polizeistraftabelle pro 1. Quartal 1870 betr.

An die Bürgermeisterämter des Bezirks:  
Nr. 4712. Wie schon früher, so fanden wir auch in mehreren Polizeistraftabellen des letzten Quartals, daß einzelne durch die Gendarmerie den Bürgermeisterämtern gemachte Anzeigen von Polizeivergehen nicht in die Straftabellen eingetragen worden sind. Wir machen die Bürgermeister nochmals aufmerksam, daß wieder vorkommenden Falls Strafe erkannt wird.  
Sinsheim, den 30. April 1870.  
Großh. Bezirksamt.  
D t i o.

Nr. 4510. Nachdem die Kinder der verstorbenen Ehefrau des Karl Attner von Waldangeloch, Katharina Elisabetha geb. Kumpf, auf die Erbschaft ihrer Mutter verzichtet haben, hat der Wittwer Karl Attner um Einweisung in den Besitz und die Gewähr des Nachlasses seiner verstorbenen Ehefrau gebeten.

Es werden nunmehr alle Diejenigen, welche näher berechnete Ansprüche zu haben glauben, aufgefordert, diese Ansprüche binnen 4 Wochen anher geltend zu machen, widrigenfalls dem Begehren des Wittwers stattgegeben würde.

Sinsheim, den 28. April 1870.

Großh. bad. Amtsgericht.

Mors. Häffner.

Nr. 4515. Die Erben der verlebten Balbhüter Jakob Speer, Eheleute von Reichen, besitzen auf der Gemarkung Reichen ein Grundstück 1 Viertel 27 Ruthen Acker in der Gewann Pföhberg, neben Sebastian Fischer und Georg Zunker, ohne daß deren Eigentumswerb im Grundbuch eingetragen ist.

Es werden daher alle Diejenigen, welche auf diesem Grundstücke in den Grund- und Pflandbüchern nicht eingetragene, auch sonst nicht bekannte dingliche Rechte oder lehenrechtliche oder fideikommissarische Ansprüche haben, oder zu haben glauben, aufgefordert, dieselben binnen 2 Monaten dahier geltend zu machen, widrigenfalls sie derselben, den neuen Erwerbenden gegenüber für verlustig erklärt würden.

Sinsheim, den 26. April 1870.

Großh. Amtsgericht.

Mors.

Häffner.

[341] Medesheim.

Schaaßwaideverpachtung.



Freitag den 13. Mai  
l. J., Vormittags 10  
Uhr, wird auf dem Rath-  
hause dahier die hiesige

## Aachener & Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Der Geschäftsstand der Gesellschaft ergibt sich aus den nachstehenden Resultaten des Rechnungs-Abschlusses für das Jahr 1869:

Grundkapital	Fl.	5,250,000. —
Prämien- und Zinsen-Einnahme für 1869 (excl. der Prämien für spätere Jahre)	"	3,180,958. 3
Prämien-Reserven	"	5,128,595. 24
	Fl.	13,559,553. 27
Versicherungen in Kraft am Schlusse des Jahres 1869	"	1,862,528,066. —

Karlsruhe, den 1. Mai 1870.

Wilh. Hofmann, General-Agent.

Die Agenten der Gesellschaft:

- Eppingen. Philipp Geiger, Kaufmann.
- Kirchardt. Jos. Dieß III., Zimmermeister.
- Sinsheim. Jac. Laug, Rathschreiber.
- Waibstadt. S. Hofherr, Kaufmann.
- Destringen. B. Dieß, Kaufmann.

[349]

## K. KÖRBER,

Schlosser und Eisenhändler in Sinsheim,

empfehlen unter Garantie seine verschiedenen Sorten Herde nebst dem dazu gehörigen Kochgeschirr, als: Blechhaken, ausporzellante Haken; ferner Oefen, Zink, Schwarzblech, Grobeisen, wie alle sonstigen in die Eisenhandlung einschlagenden Verkaufsgegenstände zu den billigsten Preisen.  
[350]

Winterschaaßwaide, welche mit 500 Stück Schaaßen betrieben werden kann, vom 24. August 1870 an, auf weitere drei Jahre verpachtet.

Medesheim, den 29. April 1870.

Der Bürgermeister:  
Fabian.

## Bekanntmachung.

Mit Bezug auf den § 4 der Vollzugsverordnung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Gemeindevorstand Martin Schlechter von hier als Rathschreiber-Stellvertreter von dem Unterzeichneten ernannt worden.

Bochschaft, den 30. April 1870.

Der Standesbeamte:  
Mosser, Bürgermeister.

## Fichtenstangen

zu Gerüst- und Wagnerstangen geeignet, verkauft

[325]

L. Schick, Wagner.

## Für Wagner.

[324] Einige Hundert dürre Felgen hat zu verkaufen

Louis Schick, Wagner.

## Beste Sorte Gyps,

gehäuft gemessen, das Sester 5 1/2 fr. bei

[348]

G. Speiser.

## Lehrlingsgesuch.

[126] Für einen jungen Menschen, der die Küferei erlernen will, ist eine Stelle offen bei

Küfer Maier in

Sinsheim.

## Sonnen-Regenschirme

in Seide, Alpaca und Cannella empfiehlt

[316]

Theodor Hoffmann.